



SVP-Fraktion im Zuger Kantonsrat
Der Fraktionspräsident
Postfach
6300 Zug

www.svp-zug.ch

Vorlage Nr. 4104.1
Laufnummer 18561
Eingang 14. April 2026

Per Email an: Tobias.Moser@zg.ch

An den Kantonsratspräsidenten
Stefan Moos, Kantonsrat
c/o Staatskanzlei Kanton Zug
Seestrasse 2
6300 Zug

Zug, 14. April 2026

Interpellation der SVP-Fraktion betreffend den finanziellen Auswirkungen des EU-Vertragspakets: Welche Kosten kommen auf den Kanton Zug und auf die Stadt Zug zu?

Unsere Fragen an den Regierungsrat:

1. Wie hoch beziffert der Regierungsrat die direkten und indirekten Kosten sowie die potenziellen Mindereinnahmen, die dem Kanton Zug und der Stadt Zug durch eine Annahme des vorliegenden EU-Vertragspakets entstehen würden?
2. Mit welchen konkreten finanziellen Auswirkungen rechnet der Regierungsrat bei den kantonalen und kommunalen Beteiligungen (insbesondere Zuger Kantonalbank, WWZ AG usw.) aufgrund der EU-Strommarktilberalisierung und der Verschärfung des EU-Beihilferechts (Wegfall von Steuerbefreiungen oder staatlichen Garantien)?
3. Welchen personellen und finanziellen Mehraufwand erwartet der Regierungsrat in der kantonalen Verwaltung durch die zwingende Umsetzung der dynamischen Rechtsübernahme und die damit verbundene permanente Anpassung der kantonalen Gesetzgebung?
4. Inwieweit würde eine Verstetigung der Kohäsionszahlungen die Finanzplanung des Kantons Zug – direkt oder über den Umweg reduzierter Bundesleistungen – belasten?
5. Wie gedenkt der Regierungsrat, die zu erwartenden finanziellen Mehrbelastungen für die Zuger Steuerzahler abzufedern, ohne die heutige Standortattraktivität durch höhere Abgaben und Abgaben zu gefährden?

Begründung:

Das vom Bundesrat verhandelte EU-Vertragspaket, das beschönigend und verharmlosend als «Bilaterale III» betitelt wird, stellt nicht nur einen massiven Eingriff in die Souveränität der Schweiz und unsere direkt-demokratischen Institutionen dar, sondern droht auch zu einer finanziellen Hypothek für alle Kantone, den Stand Zug und der Hauptgeberin des ZFA, der Stadt Zug, zu werden.

Die institutionelle Unterordnung und die damit verbundene dynamische Rechtsübernahme zwingen uns, fremdes Recht künftig quasi automatisch zu übernehmen. Das Gutachten von

Prof. Paul Richli («Rechtsgutachten zur verfassungsrechtlichen Bedeutung des Abkommenspakets Schweiz-EU im Auftrag des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) an der Universität Luzern») verdeutlicht, dass dies mit einem beispiellosen bürokratischen und finanziellen Aufwand verbunden ist.

https://admin.iwp.swiss/wp-content/uploads/2026/04/Richli_Rechtsgutachten_IWP.pdf

Besonders alarmierend sind die Folgen im Energiebereich: Die geplante Integration in den EU-Binnenmarkt gefährdet die bewährten Strukturen unserer lokalen Elektrizitätswerke. Das



SVP-Fraktion im Zuger Kantonsrat
Der Fraktionspräsident
Postfach
6300 Zug

www.svp-zug.ch

strenge EU-Beihilferecht stellt bestehende Steuerbefreiungen und Gewinnablieferungen an die öffentliche Hand infrage. Für den Kanton Zug (Beteiligung WWZ AG ca. 5%) und vorallem Stadt Zug (Beteiligung WWZ AG ca. 22%), die massgeblich von Beteiligungen wie der WWZ AG profitieren, könnten hier wichtige Einnahmequellen versiegen.

Zudem wird die Schweiz verpflichtet, künftig regelmässige und verbindliche Kohäsionszahlungen an die EU zu leisten. Die Schweiz hat in den letzten zwanzig Jahren übrigens Beiträge in Höhe von insgesamt 2,6 Milliarden Franken geleistet. Es ist absehbar und voraussehbar, dass der Bund diese Lasten zumindest teilweise auf die Kantone überwälzen wird. Hinzu kommt der wachsende administrative Apparat: Die Übernahme hunderter EU-Rechtsakte führt zu einem dauerhaften Aufblähen der Bürokratie in den kantonalen und gemeindlichen Verwaltungen. Ressourcen, die für echte Zuger Anliegen benötigt werden, müssten für den Nachvollzug von Brüsseler Richtlinien zweckentfremdet werden.

Die Zuger Bevölkerung hat ein Anrecht auf Transparenz. Bevor auf Bundesebene Tatsachen geschaffen werden, muss unsere Regierung die finanziellen Konsequenzen für unseren Kanton und die wichtige Stadt Zug, v.a. als Hauptgebergemeinde des ZFA, schonungslos zu beziffern. Es darf nicht sein, dass die Steuerzahler die Zeche für eine schleichende institutionelle Unterwerfung bezahlen müssen.

Wir bedanken uns bei der Regierung des Kanton Zug für die Beantwortung unserer Fragen und weiterer zielführende Informationen zu diesem Thema und verbleiben -

mit freundlichen Grüssen

Namens der SVP-Fraktion

Philip C. Brunner,
Fraktionspräsident
Kantonsrat, Zug